

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 24 (2017)
Heft: 267

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven

Medien & Zukunft
Bücher & Alpenhof
Moschee & Wil
CVP & Kultur

«Wir wollen als Bewegung funktionieren»

Christof Moser ist Journalist und Mitbegründer des Magazins «Republik». Ein Gespräch über den Zustand der Schweizer Medien, Empörungsgeschichten und die Zukunft des digitalen Journalismus.

INTERVIEW: CORINNE RIEDENER, BILD: LAURENT BURST



Saiten: Am 12. April habt Ihr den Namen Eures Magazins – «Republik» – in Bern vorgestellt, etwa 140 Interessierte sind gekommen. Beim Eröffnungssapero im Januar in Zürich waren es fast 600. Zeugt dieses Interesse bereits von einer journalistischen Marktlücke?

Christof Moser: Soweit würde ich nicht gehen. Wir sehen solche Anlässe durchaus als kleine Tests. Das Interesse ist erfreulich, der wirkliche Markttest läuft aber erst jetzt und noch bis zum 31. Mai: das Crowdfunding.

Stört es, wenn Du und Constantin Seibt in den Medien als «Starjournalisten» bezeichnet werden oder ist das in Eurem Sinn?

Diese Zuschreibungen kommen ja von anderen, nicht von uns selbst. Wir sehen uns beide als Handwerker. Unser Ziel ist es, uns eher zurückzunehmen, damit auch andere aus dem Team zur Geltung kommen. Zum Beispiel Clara Vuillemin, die als Verantwortliche für das IT-Team Teil der Redaktion sein wird. Insgesamt sind wir im Aufbau-Team zehn Personen, und alle dürfen überall mitreden, ob nun bei der IT, der Typografie oder dem publizistischen Leitbild. Das dauert zwar manchmal etwas länger, weil wir eine Extrarunde drehen, dafür tragen alle am Schluss alle Entscheide mit. Nicht ausser Acht lassen darf man: Wir entwickeln nicht nur ein Magazin, wir bauen mit der Project R Genossenschaft auch gemeinnützige Strukturen.

Ihr wollt «nicht den ersten Text schreiben, sondern den definitiven», sagt Ihr. Das wollen auch wir bei Saiten, und bei anderen Medien gibt es mit Sicherheit auch Journalistinnen und Journalisten, die diesen Anspruch haben. Wie will sich die «Republik» publizistisch abheben?

Keinesfalls wollen wir behaupten, dass andere Medien keinen guten Journalismus betreiben, geschweige denn, dass alle Journalistinnen und Journalisten schlechte Arbeit machen. Wir kritisieren das Mediensystem, das gute Arbeit immer schwieriger macht. Zudem planen wir für die Zukunft. Wir sehen ja, dass die Verlage je länger je mehr aus dem Journalismus aussteigen. In den nächsten Jahren wird es grosse Umwälzungen geben. Dabei ist nicht ausgeschlos-

sen, dass weitere Publikationen von politischen Kräften übernommen werden. Das Resultat wäre eine Berlusconiisierung des Schweizer Mediensystems. Wir wollen nicht erst dann antreten, wenn es soweit gekommen ist. Dann ist es zu spät.

Das beantwortet nicht die Frage: Was will die «Republik» publizistisch?

Wir wollen uns auf die grossen Fragen und Debatten konzentrieren. Und liefern, was an Fakten, Informationen und Haltungen zu einem Thema nötig ist, damit Bürgerinnen und Bürger gute Entscheide treffen können. Und zwar so, dass es auch noch ein Vergnügen ist, die «Republik» zu lesen. Praktisch heisst das: nicht kurzlebigen News-Journalismus betreiben, sondern Entwicklungen und Zusammenhänge aufzeigen und unsere Kräfte bei den wichtigen Geschichten bündeln. Das publizistische Detailkonzept arbeiten wir in der zweiten Jahreshälfte aus, falls wir das Crowdfunding schaffen. Dann kommen weitere Journalistinnen und Journalisten an Bord. Sie sollen die publizistische Entwicklung mitprägen können.

Wieso der Exodus? Wäre es nicht auch denkbar, beim «Tagi» oder der «Schweiz am Sonntag» etwas zu verändern beziehungsweise für seine journalistische Haltung einzustehen?

Wenn der Dampfer einen Kurs einschlägt, eine Richtung, die du nicht für richtig hältst, kannst du zwar vielleicht auf dem Sonnendeck die Reise geniessen – aber du wirst auf jeden Fall das Ziel verfehlen. Bei den traditionellen Verlagen fliessen Geld, Ideen und Leidenschaft nicht mehr in den Journalismus. Also stellt man sich irgendwann die Frage: Bleibe ich, genieße meine Privilegien in einer guten Position, unterhalte aber damit ein System, das vor allem für den Werbemarkt funktionieren muss und nur noch sehr wenig mit der Rolle zu tun hat, die Journalismus in einer Demokratie haben sollte? Wenn ich meine Funktion als Journalist ernst nehme – die Funktion, nicht mich – kann die Antwort auf diese Frage nur ein Nein sein.

Übertreibt Ihr nicht mit der Problemanalyse?

Ein paar Beispiele aus der Praxis: Journalismus unterscheidet sich vom Gerücht durch zwei voneinander unabhängige Quellen. An diese einfache, aber wichtige Regel hält sich nicht nur die meistgelesene Zeitung im Land nicht mehr. Sie funktioniert wie andere auch nach der Logik der Online-Portale, die unablässig kleine Empörungsgeschichten produzieren. Sie sind leicht zu verstehen, schnell zu produzieren, lange fortzusetzen. Und wenn die Konkurrenz aufspringt, wird daraus eine Medienwalze. Egal, ob rauchende Nationalrätin im Rauchverbot oder Nationalrat mit asylsuchender Schwarzarbeiterin: die kleine Empörungsgeschichte ist nicht nur Zeitverschwendung, sondern produziert auch mehr Angst und Abwehr. Und im Fall der teuren Therapie für den gewalttätigen Jugendlichen «Carlos» sogar mehr Bürokratie,

weil rückwirkend alle Fälle in der Jugendarbeit auf fünf Jahre hinaus zurückbegründet werden mussten. Ist das nicht genau das Gegenteil von dem, was Journalismus erreichen sollte? Wir reden hier über systematische Probleme im Mediensystem.

Gibt es schon Geschichten oder Recherchen, auf die man sich freuen kann, sofern es denn klappt mit dem Crowdfunding? Bis jetzt las man ja vor allem grosse Worte...

Ziel unseres Projekts ist nicht, eine weitere Publikation unter vielen zu machen. Wir wollen ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Modell bauen für unabhängigen Journalismus. Deshalb gehen wir gestaffelt vor – und legen auch etwas Pathos rein: Letztes Jahr haben wir Konzepte entwickelt, Leute eingebunden, Diskussionen geführt. Anfang Jahr haben wir Rechtsform und Strukturen definiert und jetzt soeben das Crowdfunding gestartet. Im Moment machen wir also vor allem Propaganda für das Projekt – ein völlig neues Gebiet für mich, auch wenn wir das journalistisch angehen. Im Juni, wenn das Magazin wirklich zustande kommt, geht es dann darum, die Redaktion zusammenzustellen und das publizistische Konzept zu verfeinern.

Was können denn die Leserinnen und Leser erwarten?

Das Magazin wird nach aktueller Konzeption quasi zwei «Herzkammern» haben: Die eine ist das digitale Magazin, wo wir täglich zwei bis drei Beiträge mit aktuellem Hintergrund liefern wollen – entweder das Konzentrat oder das Panorama. Die andere Kammer sind am Anfang vier und später bis zu acht grosse Geschichten pro Jahr. Hier wollen wir in der Umsetzung neue Wege zu gehen, also zum Beispiel mit Gamedesignern zusammenarbeiten. Nicht, um zu zeigen, was alles für Spielereien möglich sind, sondern um auf möglichst gute Antworten zu kommen auf die Frage: Wie erreichen wir mit relevanten Inhalten bestmöglich das Publikum?

Geht das noch konkreter?

Nehmen wir das Stadt-Land-Thema: Ich könnte mir vorstellen, als Projekt zwei oder drei Journalisten für einige Wochen in die Agglo zu schicken, um dort eine temporäre Redaktion zu eröffnen. Daraus könnte alles Mögliche entstehen, zum Beispiel eine Podcast-Serie, eine Fortsetzungsgeschichte oder eine grosse Recherche. Wir schicken Expeditionsteams in die Wirklichkeit. Gerade in unserem Job ist man ja auch immer wieder mit den eigenen Vorurteilen konfrontiert. Schwarz und weiss gibt es nicht, wir versinken alle bis über beide Ohren in Widersprüchen. Das soll und darf in der «Republik» ruhig spürbar werden.

Wie schafft man es, wieder mehr Leute dazu zu bringen, einen Text zu lesen, der mehr als 3000 Zeichen hat?

Mein Vorschlag: indem man ihn schreibt. Wir machen gewisse Sachen ganz bewusst nach Lehrbuch falsch. Unsere Newsletter sind zum Beispiel ellenlang, trotzdem werden sie offenbar gerne gelesen. Es ist falsch, dass Leserinnen und Leser nicht mehr lesen wollen. Das zeigen auch Auswertungen des Online-Leseverhaltens. Und auch im Print stimmt es nicht: Das «Reportagen» zum Beispiel, das lange Texte publiziert, hat einen sehr beachtlichen Anteil von unter 35-Jährigen in der Leserschaft. Newsangebote gibt es genug. Selten sind die gut erzählten Hintergründe – mit Betonung auf gut erzählt. Und die werden sehr wohl gelesen.

Ist die «Republik» ein intellektuelles, elitäres Projekt?

Das werden wir oft gefragt – und wir sagen aus ganzem Herzen: «Ja!» Aber wir meinen das anders, als die meisten meinen: Die Schweiz ist ein Land der Eliten. Es gibt hier unglaublich viele gute Fachleute. Jeder Handwerker gehört dazu, wenn er seinen Job gut macht. Gerade in der halbdirekt-demokratischen Schweiz, wo viele – leider noch nicht alle, die dürfen müssten – mitbestimmen können, gehören fast alle automatisch zur Elite. Wir werden Fachleute so früh wie möglich in Recherchen miteinbeziehen – und nicht erst am Schluss, wenn man noch zwei Zitate braucht, um eine vermeintliche These zu untermauern. Es gibt so viel grossartiges Wissen da draussen, praktisches Wissen. «Republik» wird nicht mit dem Lehrbuch reden, sondern mit Praktikerrinnen und Praktikern. Constantin sagt immer: Wir wollen, dass uns nicht nur der Maurer im Bundesrat liest, sondern auch der Maurer im Aargau.

Zur Zielgruppe gehören demnach so ziemlich alle...

Viele. Wir ziehen das Projekt nicht anhand einer gewissen Zielgruppe auf, sondern wollen als Bewegung funktionieren. «Republik» steht für die republikanischen Grundwerte: die Gewaltenteilung, Rechtsgleichheit und natürlich für die Pressefreiheit. Diese Werte – die Werte der Aufklärung – sind für uns keine Frage von links oder rechts, sondern elementare Grundwerte, die längst nicht mehr einfach selbstverständlich sind. Sie müssen verteidigt werden. Dass wir unser publizistisches Angebot auf dieser Grundlage auch im Dialog mit dem Publikum entwickeln werden, versteht sich bei einem digitalen Projekt von selbst.

Wo verortet sich «Republik» politisch?

Erinnern wir uns an die Durchsetzungsinitiative: Die Abstimmung hat gezeigt, dass man den Angriff auf den Grundwert des Rechtsstaats im Verhältnis 40 zu 60 Prozent abwehren kann, wenn sich das linke und das liberale Lager, also der Freisinn ursprünglicher Ausprägung, zusammenschließen und gemeinsam etwas bekämpfen. An die Menschen in diesem politischen Spektrum richtet sich unser Medium.

Vom Project R zur «Republik»:

Seit drei Jahren arbeiten Journalistinnen und Journalisten, IT-Entwickler und Startup-Expertinnen am Aufbau des Projekts. Anfang 2017 hat sich die Aufbau-Crew zu Project R zusammengeschlossen, um das digitale Magazin «Republik» voranzutreiben. Initiiert haben das Projekt die beiden Journalisten Constantin Seibt und Christof Moser. Das weitere Team besteht aus Susanne Sugimoto (Geschäftsführung), Laurent Burst (Strategie), Nadja Schnetzler (Prozesse und Zusammenarbeit), Richard Höchner (Community & Events), Clara Vuillemin (Head of IT), Patrick Recher und Thomas Preusse (beide Software-Entwicklung).

republik.ch

project-r.construction

Die «Republik» lädt zum Tag der offenen Tür in St.Gallen und ist zu Gast bei Saiten im Konsulat an der Frongartenstrasse 9: am 24. Mai, von 10 bis 20 Uhr. Apero mit dem ganzen Team: ab 17 Uhr. Special Guest: Renato Kaiser, mehr dazu auf Seite 59.

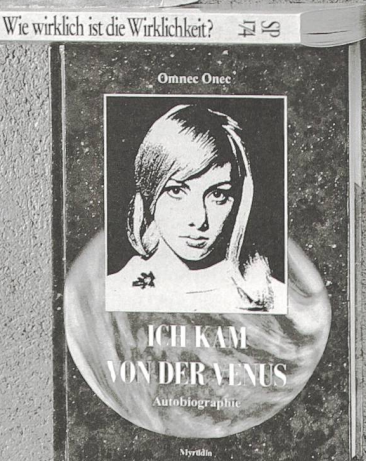
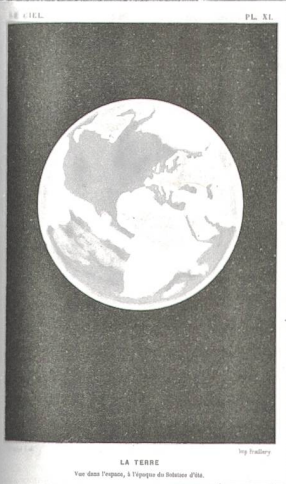
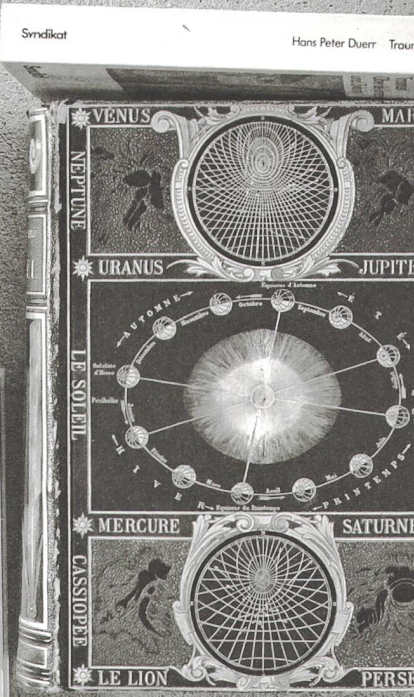
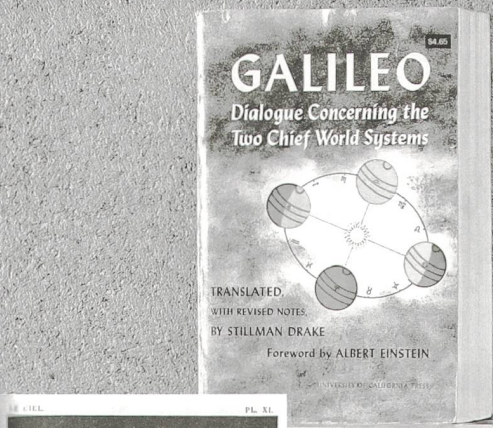
Gespräch zur Medienkrise:

9. Mai, 19:30 Uhr, Zeughaus Teufen. Mit Christof Moser, Nadja Schnetzler und Ex-«Bund»-Chefredaktor Hanspeter Spörri

zeughausteufen.ch



We think of insides as being the insides of outsides—for it is only outsides that we know, and even what we speak of as insides are themselves only outsides within other outsides.²



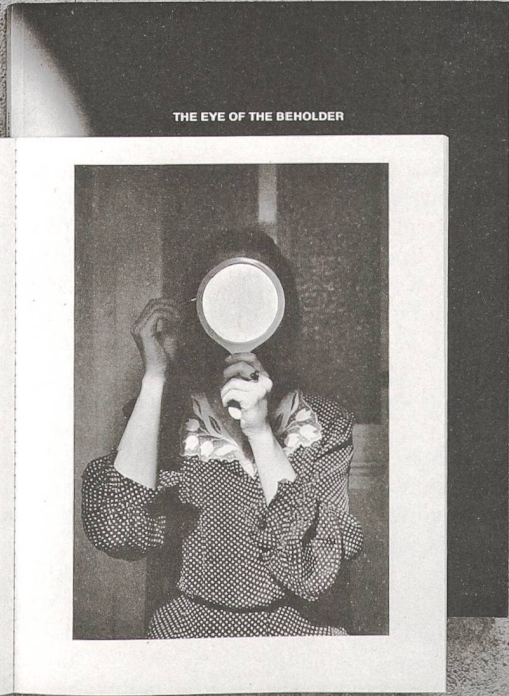
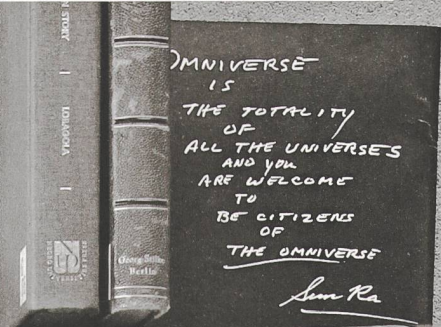
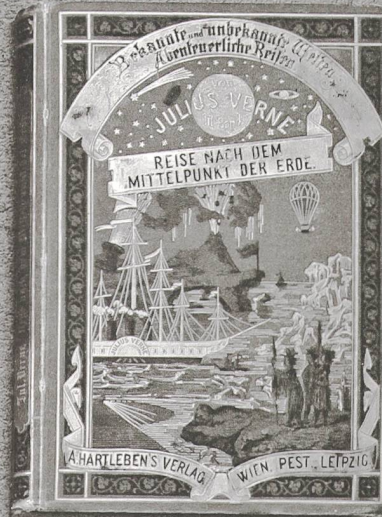
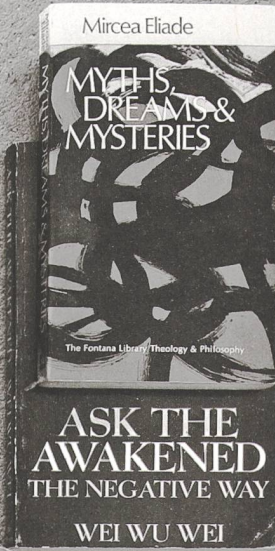
1. Watzlawick, Paul (Hrsg.)
Die erfundene Wirklichkeit
München: Piper, 1984
MK 038, Menschliches, Allzumenschliches

2. Wei Wu Wei
Ask the Awakened: the Negative Way
Boston: Little, Brown and Company, 1963
VHEB 007, Völker, Länder, Reisen I

3. Omec, Omec
Ich kam von der Venus: Autobiographie
Düsseldorf: Myrdin, 1991
MHD 008, Menschliches, Allzumenschliches



In Liebe und Hochachtung
Omnec Onec
(einst Sheila)³



In der Tat hatten wir Produkte der Erde vor uns, aber von riesenhaftem Maßstab. Mein Oheim wusste sie sogleich richtig zu benennen. «Nur ein Wald von Champignons», sagte er. Und er täuschte sich nicht.⁵

But the man who comes back through the Door in the Wall will never be quite the same as the man who went out.⁴

Bianca Pedrina, 1985, ist Künstlerin in Wien.
Amira Hanafi, 1979, ist Schriftstellerin und Künstlerin in Kairo.

Die Bibliothek Andreas Züst im Alpenhof auf dem St. Anton bietet neu zweimal jährlich jährlich Ateliestipendien an, jeweils im April und November. Das Alpenhof-Stipendium sieht sich in der Tradition von Bibliotheken als Orten des Wissens. Die ersten Stipendiaten waren im November 2016 da, ihre Flaschenpost erschien im Dezemberheft von Seiten. Jetzt waren Bianca Pedrina und Amira Hanafi zu Gast. Die Bibliothek Andreas Züst umfasst rund 12.000 Titel zu Themengebieten wie Wetter, Geologie, Astronomie, Physik, Literatur, Fotografie, Kunst, Kitsch und Populärkultur.

4. Huxley, Aldous
The Doors of Perception; Heaven and Hell
Middlesex: Penguin, 1973
ABH H029; Literatur II

5. Verne, Jules
Reise nach dem Mittelpunkt der Erde
Wien: Hartleben, 1874
LABG V005; Literatur II

«Die Moschee repräsentiert einen integrierten Islam»



Am 13. Mai wird in Wil die neugebaute Moschee eröffnet. Bekim Alimi, der Imam, der den Gotthard gesegnet hat und auch schon mit dem nie erhärteten Vorwurf der Extremismus-Nähe konfrontiert wurde, nimmt Stellung.

TEXT UND BILD: FRÉDÉRIC ZWICKER

Saiten: Herr Alimi, wann wird die Moschee eröffnet?

Bekim Alimi: Am 13. Mai findet die offizielle Eröffnung mit dem Zerschneiden des Bandes statt. Einen Abend vorher gibt es im Stadtsaal Wil einen Anlass für die Bevölkerung. Wir wollen uns bei der ganzen Bevölkerung bedanken, die den Baustellenlärm ertragen musste und viel Verständnis gezeigt hat. Längst nicht alle haben eine Einsprache gemacht. Das waren Einzelpersonen. Die grosse Mehrheit hat geschwiegen oder zum Teil auch in Briefen ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

Aber es gab Einsprachen, die zu einer Verzögerung von vier Jahren geführt haben.

Ja. Vor allem die Nachbarn hatten Bedenken wegen der Verkehrsbelastung, Parkplätzen und Lärmemissionen. Diese Einsprachen wurden aber auf allen Gerichtsstufen abgelehnt und die Legitimität der Baugenehmigung bestätigt.

Können Sie die Bedenken nachvollziehen?

Bei den Parkplätzen nicht. Da gibt es Normen, die vorgegeben sind und die wir eingehalten haben. Das sind Standards, die für die ganze Stadt gelten. Man verlangte von uns, dass wir mehr Parkplätze einrichten als vorgesehen, also zirka 100 statt nur 50. Gleichzeitig warf man uns vor, zu viel Verkehr zu produzieren. Das war ein bisschen widersprüchlich. Was die Lärmemissionen betrifft, hoffe ich, dass sie sich in Grenzen halten. Allerdings sind wir hier in einer Industrie-

zone. Es ist ebenfalls gesetzlich vorgegeben, welche Emissionen zulässig sind. Natürlich kann es in einem solchen Zentrum laut werden. Aber eine Fabrik mit Dreischichtbetrieb ist sicher viel lauter.

Ein Muezzin wird aber nicht zu hören sein?

Wir haben dafür gar kein Gesuch gestellt. In der Gegend um die Moschee leben schon ein paar Muslime, aber die Stimme wäre sowieso nicht bis zum Ende der Stadt hörbar, somit ist es sinnlos.

Was ist das Einzugsgebiet für diese Moschee?

Grundsätzlich ist es die Stadt Wil. Es gibt aber auch noch kleinere Gemeinden in der Umgebung wie Uzwil, Niederuzwil, Sirnach, Flawil und andere. Von dort erwarten wir auch Besucherinnen und Besucher.

Sie haben die nicht-muslimische Bevölkerung eingeladen, sich ein Bild von der Moschee zu machen und auch Freitagsgebete zu besuchen. Wie ist die Stimmung in Wil gegenüber Muslimen?

Aktuell kann ich noch nicht viel darüber sagen, was die Einladung bewirkt. Es kommen bereits Vereinzelte. Die sehen aber immer noch eine Baustelle. Bei der alten Moschee haben wir seit Jahrzehnten ein offenes Haus gepflegt und Schulklassen und andere Besuchergruppen empfangen. Die Wiler Moschee ist nicht nur in Wil, sondern im ganzen Kanton und sogar darüber hinaus für ihre Offenheit bekannt. Es

gibt Leute, die sehr zurückhaltend sind und andere, die sich interessieren.

Wil ist immer wieder in den Medien wegen seiner ausländischen Bevölkerung. Leute wie der Nationalrat Lukas Reimann meinen, es gebe zu viele Muslime in Wil. Sie befürchten einen Identitätsverlust. Wie sehen Sie das?

Ich kann das nicht beurteilen. Ich bin auch nicht Teil einer politischen Instanz, die entscheidet, wie viele Ausländer in die Schweiz kommen oder nicht. Ich weiss nicht, ob die Stadt ihre Identität verlieren wird. Wenn man sich die Welt anschaut, dann kommt es durch die enorme Vielfalt natürlich schon zu einem gewissen Identitätsverlust. Schaut man sich Dubai an, findet man dort längst nicht nur Araber. Die Muslime in Wil stammen hauptsächlich aus dem Balkan. Sie sind Teil der europäischen Kultur. Ich denke, Vielfalt ist der treffendere Begriff als Identitätsverlust.

Sie sind im Vorstand der Fids (Föderation Islamischer Dachorganisationen der Schweiz) und Präsident beim Digo (Dachverband islamischer Gemeinden der Ostschweiz und Lichtenstein).

Auch in der Schweiz besteht bei gewissen Leuten Islam-Skepsis oder gar Angst. Wie viel Ihrer Arbeitszeit verwenden Sie für Öffentlichkeitsarbeit?

Sehr viel. Ich würde sagen, fast 50 Prozent. Das heisst nicht nur Journalisten empfangen, sondern auch Beiträge für unsere Websites verfassen, in verschiedenen Diskussionsrunden an Dialogen teilnehmen und unzählige Sitzungen bei den Verbänden. Das ist alles ehrenamtliche Arbeit, die wir leisten, um ein Zeichen zu setzen. Wir wollen zeigen, dass wir sehr gewillt sind, Integrationsarbeit zu leisten und uns anzupassen. Die Vielfalt soll bemerkbar sein, aber nicht ohne Integration.

Ist das mühsam, diese ständige Rechtfertigungspflicht?

Nun, was soll ich dazu sagen. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, in der Meinungsfreiheit herrscht. Islam-skeptiker haben das Recht, sich zu äussern. Ich hoffe sehr, dass unsere Arbeit tatsächlich als Beleg gesehen wird, dass wir uns bemühen und nicht nur reden. Wir hoffen, dass unsere Argumente irgendwann über jene Vorwürfe siegen, die einer Grundlage entbehren.

Auch Sie wurden mit dem Vorwurf der Islamismus-Nähe konfrontiert. Es gab Bilder, die Sie neben Nicolas Blancho vom islamischen Zentralrat und dem unter Extremismus-Verdacht stehenden kosovarischen Imam Shefqet Krasniqi zeigen. Steht man als Muslim unter Generalverdacht, Islamist zu sein?

Ich habe diese Personen bei öffentlichen Anlässen getroffen, bei denen nicht nur ein Imam anwesend war, sondern hunderte Imame und sehr viel Publikum. An anderen Anlässen habe ich auch viele Andersgläubige getroffen, ohne dass man mir vorgeworfen hat, ich hätte deshalb meinen Glauben gewechselt. Nur weil ich mit diesen Leuten auf derselben Veranstaltung bin, heisst das nicht, dass ich ihre Meinung teile. Es gibt Leute, die immer nach einer Lücke suchen und uns dann angreifen. Das finde ich wirklich unfair, weil es unser grosses Engagement für ein friedliches Zusammenleben und Integration ignoriert.

Sie sind Imam hier in Wil. Eine Stimmung, die teilweise auch durch die Medien transportiert wird, führt bei vielen Menschen zu einem Generalverdacht. Merken Sie, dass diese Ängste, die

im Zusammenhang mit dem Islam bestehen, Ihre muslimische Gemeinde belasten?

Ich weiss nicht, ob Generalverdacht das richtige Wort ist. Es gibt gewisse Medien oder einzelne Journalisten, die in dieser Richtung schreiben. Aber dass unsere Institutionen unter Generalverdacht stellen, finde ich nicht.

Und die Bevölkerung?

Auch da glaube ich nicht an einen Generalverdacht. Sehr viele Muslimas und Muslime leben und arbeiten in der Schweiz bei Schweizer Firmen. Sie sind gute, wertvolle Arbeitskräfte oder auch gute Sportler. Man kennt und vertraut sich. Ich glaube, eine 30-jährige Zusammenarbeit mit einem Muslim trägt mehr zur Meinungsbildung bei als ein Zeitungsartikel. Die Familien schicken ihre Kinder seit Jahren hier zur Schule. Man kennt sich als Nachbarn. Süssigkeiten wie Baklava sind schon lange verbreitet. Gewisse Artikel tun unserem Ruf nicht gut. Aber zu einem Generalverdacht führen sie nicht.

Was bedeutet es für Sie, diese Moschee zu eröffnen?

Es bedeutet, dass wir unseren Platz in Wil gefunden und unsere Identität als Muslime dennoch nicht verloren haben. Die Architektur der Moschee verdeutlicht Tradition und gleichzeitig Anpassung. Da ist die moderne, quadratische Form gepaart mit der orientalischen Kuppel. Die Moschee repräsentiert einen integrierten Islam.

Fehlt das Minarett?

In dieser Form, die die Moschee hat, fehlt es nicht unbedingt. Bei einer anderen Architektur, wenn wir ausschliesslich die Kuppelform hätten, würde es schon fehlen. Und Muslime allgemein vermissen das Minarett natürlich auch.

Wie wird sich das Zusammenleben in der Schweiz zwischen den Glaubensgruppen Ihrer Meinung nach entwickeln?

Ich denke und glaube, politische Aktualitäten in einzelnen Ländern sind von weltpolitischen Aktualitäten abhängig. Wenn – wie es aktuell der Fall ist – viele Kriege in muslimischen Gebieten geführt werden und darüber täglich in den Medien zu lesen ist, ist es nachvollziehbar, dass in der Bevölkerung Skepsis aufkommt. Wir hoffen auf eine baldige Beruhigung der Situation, damit auch die betroffenen Länder wieder dazu kommen, ihre Qualitäten zu zeigen. Man denke an das blühende Syrien vor zehn oder fünfzehn Jahren. Jede Kultur hat eigene Qualitäten. Sobald diese zum Vorschein kommen, wird auch die öffentliche Meinung im Ausland positiv beeinflusst. Wir sind alle Menschen und werden von dem beeinflusst, was wir hören.

Gibt es etwas, was Sie zum Schluss sagen möchten?

Ich möchte gern die Menschen einladen, am 13. Mai zum Eröffnungsfest zu kommen, das auf der Wiese vor der Moschee stattfinden soll. Ich wünsche mir, dass sie sehen, dass wir hier eine gute Sache aufgebaut haben.

moschee-wil.ch

fids.ch

digo.ch

#Saitenfährtein: Der nächste Abstecher von Verlag und Redaktion führt am 2. Mai nach Rorschach.

Eine Sparpolitikerin will sie nicht sein

Im St.Galler Parlament hat sie die Plafonierung der Kulturausgaben bis 2020 durchgesetzt. Dabei liebe sie Kultur, setze aber politisch andere Prioritäten. Was treibt Yvonne Suter, CVP-Kantonsrätin aus Rapperswil-Jona, um? Ein Porträt.

TEXT: SINA BÜHLER, BILD: FABIENNE WILD



Im November 2010, als der Anruf kam, lernte Yvonne Suter gerade Spanisch in Argentinien. Ob sie die Wahl zur Kantonsrätin annehmen würde? Zwei Jahre zuvor hatte sie auf einer der beiden CVP-Listen im Kreis See-Gaster kandidiert und war überraschend auf dem zweiten Ersatzplatz gelandet. 2010 dachte Yvonne Suter schon nicht mehr daran. Als dem CVP-Kantonsrat Beni Würth aber der Sprung in die Regierung gelang und der erste Ersatzkandidat auf das Amt verzichtete, war Yvonne Suter an der Reihe. Sie sagte zu und wurde mit 34 Jahren die jüngste Kantonsrätin der Fraktion.

Inzwischen ist sie bald 40. Yvonne Suter hat am 19. Mai Geburtstag, genau wie ich. Ob ich wisse, wer auch dann geboren sei?, fragt sie. Ho Chi Minh! «Stimmt», lacht sie, «aber auch Pol Pot.» Gerade ist sie aus den Ferien in Vietnam und Kambodscha zurückgekehrt. Malcolm X, der unser Geburtsdatum auch noch teilt, rettet aus meiner Warte einigermassen das Gleichgewicht. Aus ihrer Sicht wohl weniger: Es gibt keinen Zweifel, dass ihr Profil klar bürgerlich ist. Weit weniger klar ist, was das sachpolitisch jeweils heisst.

Feministin? Jein

Politik fand sie immer schon interessant, ein Engagement wichtig. Als Kind war sie beim WWF. Einmal sägte und malte sie den ganzen Winter lang Holzpuzzles, um den Verkaufserlös für bedrohte Tiere zu spenden. Später war sie im Schülerrat, und irgendwann kam der Beitritt zur Jung-CVP. Nicht einfach aus Familientradition oder wegen ihres Glaubens, «da waren wirklich gute Leute dabei». Die Leute findet sie jetzt noch gut, sie fühle sich mit ihren bürgerlichen, aber auch ökologischen und sozialen Anliegen gut aufgehoben. Und es helfe auch, dass es «beim Fraktionsausflug bei uns am Lustigsten ist». Junge Menschen würden normalerweise eher die extremen linken oder rechten Positionen wählen. Sie nicht und wurde von der «Südostschweiz» eine «Mitte-Extremistin» genannt. Gemeint war aber nur, dass ihr politisches Wahlprofil exakt die Mitte traf. Von einer Extremistin hat sie nämlich nichts. «Ich bin an Lösungen interessiert, an einer guten Gesprächskultur. Das ist zwar aufwendiger, dafür aber mehrheitsfähiger», sagt sie. Sie habe zwar eine klare Meinung, halte sich aber auch zugänglich für Gegenargumente. Tatsächlich sagt Yvonne Suter im Gespräch viel eher:

«Das ist auch ein interessanter Aspekt», als dass sie einfach Slogans absondert. Sie argumentiert oft mit beiden Seiten der Medaille.

Beispielsweise beim Thema Feminismus. Sie meint, heute hätten junge Frauen die gleichen Chancen wie junge Männer. Erst wenn sie Kinder hätten, werde es schwierig – was Frauen und Männern zum Nachteil gereiche. Sie findet, dass es in der Schweiz noch viel zu tun gebe bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie ist überzeugt, dass der Mangel an Fachkräften mit Frauen aufgefangen werden müsse. Es ist für sie klar, dass gemischte Teams auch ökonomisch gesehen besser arbeiten. Sie weiss, dass Frauen sich mehr einsetzen müssen als Männer, nur um zum selben Ziel zu kommen. Ob diese Gleichstellung nicht über eine Quote erreicht werde? Vielleicht bedenkenswert, aber eine Quotenfrau würde sie nicht sein wollen. Die Anfangsfrage lautete: «Sind Sie eine Feministin oder nicht?» Die verständene Antwort: Vermutlich ist beides interessant.

«Nicht begeistert» von Kulturpolitik

Im Kantonsrat macht Yvonne Suter gerade ziemlich Karriere. Sie fällt durch Fleiss auf und ergreift bei allen wichtigen Vorlagen das Wort. Oft ruft sie in ihren Voten zur Sparsamkeit auf. So sagte sie in der Februarsession: «Die Regierung wird eingeladen, bei den Staatsbeiträgen im Amt für Kultur bis ins AFP-Planjahr 2020 grundsätzlich den Wert im Budget 2017 beizubehalten.» Die Regierung wollte das Budget um eine Million erhöhen – der Kantonsrat lehnte ab. Yvonne Suter wehrt sich gegen den Vorwurf der Kulturfeindlichkeit: «Es stimmt nicht ganz. Ich will aber das Ausgabenwachstum beim Staat bremsen.» Sie liebe Kultur, besuche oft Konzerte und Ausstellungen. «Von Kulturpolitik aber bin ich nicht begeistert.» Die einen wollten einfach alles finanzieren, die andern alles einsparen. Wichtig für Suter ist die «saubere Auslegeordnung», ein Ausdruck, den sie oft braucht. Dies soll klären, wie die Gelder am sinnvollsten genutzt würden – im Kulturbereich habe sich eben schon gezeigt, dass es auch mit einem kleineren Budget gehe. «Ich hau' nicht mit dem Holzhammer rein, aber wir sollten dort sparen, wo es möglich ist. Es ist eine Frage der Prioritäten.» Dass die SVP die Renovierung des St.Galler Theaters in Frage stellt, findet sie nicht unbedingt falsch: «Bei grossen Projekten soll das Volk mitreden können.»

Stichwort Prioritäten: Suter sagt, sie wolle nicht bei Familien, bei Behindertenheimen und beim ohnehin schon stark belasteten Mittelstand sparen. Im Gegenteil, dort müsse man die Belastung, auch die Steuerlast, senken. Auch nicht einverstanden ist sie mit dem Bashing beim Kantonspersonal. Wie genau das gemeint ist, wird sich an der nächsten Session zeigen, wenn es um 200 Millionen Franken für die St.Galler Pensionskasse geht. Die Regierung will damit ihr Versprechen einlösen, die Kasse zu sanieren. Die Finanzkommission des Kantonsrates, in der Suter sitzt, will diesen Beitrag nicht leisten.

Der Kanton lebe über seinen Verhältnissen, und das sei gefährlich. Dass die Staatsrechnung seit mehreren Jahren einen Gewinn ausweist und der Haushalt nicht so schief dastünde, würden

die jährlichen Einnahmen aus der Nationalbank auch korrekt verbucht, will sie nicht gelten lassen. Sie sagt, aus Gründen der Budgetsicherheit habe man sich auf den Kompromiss einer Schattenrechnung einigen können, etwa ein Viertel davon stehe ja im Budget.

Kampf fürs Linthgebiet

Nur in die Bildung will sie mit der grossen Kelle investieren. In die IT-Offensive und den Medical Master. Yvonne Suter war es auch, die Regierungsrat Kölliker im Kantonsrat zurückpiff, als er sich bei der Neuorganisation der Fachhochschulen über ein altes Postulat der CVP hinwegsetzen wollte und keine Alternativen zu einer zentralen Organisation der kantonalen Fachhochschulen suchte. Und richtig aufgeregt hat sie sich bei der Diskussion um den Umzug der Kantonsschule Wattwil. «Es ist einfach nicht nachvollziehbar, dass so viele Schüler aus dem Linthgebiet ins Toggenburg pendeln müssen und dass wir trotzdem nur über einen Wattwiler Neubau reden, statt über einen zweiten Standort oder den Umzug der ganzen Schule ins Linthgebiet.» Vor 50 Jahren habe das vielleicht noch Sinn gemacht, heute sei das einfach nur regionalpolitische Blindheit. «Ich könnte ein Buch über diese Geschichte schreiben», sagt sie. Sie selber war von «Strukturpolitik, die als Bildungspolitik verkauft wird», nicht betroffen: Yvonne Suter machte die mathematisch-naturwissenschaftliche Matur in Pfäffikon (SZ). 1997, als das Abkommen zwischen den Kantonen Schwyz und St.Gallen noch offener formuliert war. Heute dürfen Schülerinnen und Schüler aus Rapperswil-Jona und Eschenbach nur noch dann nach Pfäffikon, wenn Wattwil ausgelastet ist.

An der Kanti lernte sie auch ihren Ehemann kennen, der politisch einen sehr ähnlichen Weg eingeschlagen hat. Auch er war schon in der Jung-CVP, auch er studierte später Staatswissenschaften. Als sie in den Kantonsrat nachrückte, war er Geschäftsführer ihrer Partei. Seit 2014 haben sie sich während der Sessionen sogar ständig im Blick: Lukas Schmucki ist heute Leiter der Parlamentsdienste, sitzt also den Kantonsrätinnen und Kantonsräten gegenüber. «Klar, wir reden zu Hause über nichts anderes als Politik», lacht Yvonne Suter. Natürlich stimme das nicht, manchmal müssten sie sogar eine Art interne Firewall aufbauen, weil sie gewisse Themen nicht besprechen könnten. Um solche Fälle zu reduzieren, sei sie auch sofort nach Schmuckis Ernennung aus der Staatswirtschaftlichen Kommission ausgetreten. Kurz darauf wechselte sie in die Finanzkommission; ein noch prestigeträchtigerer Posten.

Yvonne Suter wirkt seriös und selbstsicher, perfekt vorbereitet. Sie hütet sich, ihre Meinung zu äussern, bevor sie das Dossier von vorne bis hinten kennt. Sie kontrolliert und korrigiert penibel ihre Zitate, sie meldet sich bei den Redaktionen der Regionalzeitungen, wenn sie sich nicht verstanden oder falsch wiedergegeben fühlt. «Danach heisse ich wenigstens nur noch in der Bildunterschrift und im Titel Sutter statt Suter.» In der Regionalpolitik tut sie ihre Meinung klar kund, obwohl sie sich nicht in erster Stelle als Vertreterin des Linthgebiets sieht, sondern das Wohl des ganzen Kantons im Auge behalten will.

Einen Stuhl braucht sie nicht

Nach der Matur studierte Yvonne Suter an der Universität St.Gallen Staatswissenschaften. Heute ist sie Leiterin Nachhaltige Anlagen bei der Credit Suisse. «Wir beraten Kunden, die bei ihren Investitionen den sozialen und ökologischen Gedanken hochhalten, Privatpersonen genauso wie Stiftungen oder Pensionskassen.» Immer wieder besuche sie dazu die Partnerorganisationen auf der ganzen Welt. In Sambia hielt sie sich sogar mehrere Monate lang auf, arbeitete in einer Organisation, die Mikrokredite anbietet.

Ist sie eine künftige Nationalrätin? Strebt sie gar ein noch höheres Amt an? Sie lacht, schüttelt den Kopf. Oder doch nicht? Dann

sagt sie: «Ich bin so sehr happy, gerade jetzt stimmt das ganze Päckli mit Beruf, Kantonsratsmandat und Mitgliedschaft im Universitätsrat.» Deshalb habe sie auch abgesagt, als die CVP sie für den Stadtrat in Rapperswil-Jona vorschlagen wollte. Ehrgeizig? Klar, ohne das macht niemand parteipolitisch Karriere. Freundlich und offen für Diskussionen? Unbedingt, deshalb wollte sie in die Politik. Eine Sparpolitikerin? Sie findet nein. Obwohl – damals, als sie neu im Rat war, sei sie während der ganzen Session durch die Säle getigert. «Meine Kollegen schlugen mir damals eine Sparmassnahme vor: Sie wollten mir meinen Stuhl wegnehmen, den würde ich eh nicht brauchen.» Das ist immer noch so, häufiger steht im Rat kaum jemand auf. Nur tut sie das heute, weil sie oft das Wort ergreift.

Kulturgesetz: «Wömmen nöd...»

Der Kanton St.Gallen soll(te) ein neues Kulturfördergesetz bekommen. Die vorberatende Kommission des Parlaments hat am 23. März anders entschieden: Sie beantragte mehrheitlich Nichteintreten. Der Kantonsrat debattierte Ende April, während dieses Heft im Druck war.

Rund 70 Prozent der Bevölkerung besuchen wenigstens einmal im Jahr Kulturinstitutionen: Museum, Theater, Konzert, Kino. Das sagt die Kulturstatistik 2016 des Bundes und steht in der Botschaft zum neuen Kulturfördergesetz. Knapp zwei Drittel der Bevölkerung sind in irgendeiner Form selbst kreativ tätig. «Aktive Kulturpolitik beschränkt sich daher nicht auf die Förderung des künstlerischen Schaffens und auf die Erhaltung des kulturellen Erbes. Sie zielt auf die Beteiligung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen am kulturellen Leben und auf kulturelle Orte des Austauschs und der Begegnung», folgert die Regierung. Ein vielfältiges Kulturleben sei für Gesellschaft und Demokratie zentral. Und ein zeitgemässes Gesetz zur Legitimierung der Kulturförderung deshalb notwendig.

Der vorberatenden Kommission hat dies keinen Eindruck gemacht: Sie beantragte in ihrer Mehrheit Nichteintreten. Ganz überraschend kam das nicht: In der Kommission sass 9 von 15 Mitgliedern, die im Monat zuvor Ja zur Plafonierung der Kulturausgaben gesagt hatten – allesamt aus der CVP und SVP. Ihre Wortführerin: Yvonne Suter, CVP-Kantonsrätin aus Rapperswil-Jona.

Die beiden Parteien fahren damit ihren kulturfeindlichen Kurs weiter, den sie bereits bei der im Hau-ruckverfahren eingebrachten Plafonierung der Kulturausgaben bis 2020 praktiziert haben (mehr dazu im Aprilheft von Saiten) und der jetzt auch wieder bei der Infragestellung der geplanten Renovation des Theatergebäudes zum Vorschein kommt – eine «reflexartige» (wie das Tagblatt schrieb) Opposition, im Fall des Theaters allerdings von der SVP und nicht von der CVP vertreten. Eine zukunftsgerichtete, standort- und selbstbewusste Kulturpolitik sähe anders aus. (Su.)

Mehr zum Kulturfördergesetz:
saiten.ch/neues-kulturgesetz-woemmer-noed/

Mehr zur Theaterrenovation:
saiten.ch/die-alte-dame-wird-verjuengt/

R

Ohne Journalismus keine Demokratie.

Und ohne Demokratie keine Freiheit. Wenn der Journalismus stirbt, stirbt auch die **offene Gesellschaft, das freie Wort, der Wettbewerb der besten Argumente. Freier Journalismus** war die erste Forderung der **liberalen Revolution**. Und das Erste, was jede Diktatur wieder abschafft. Journalismus ist ein Kind **der Aufklärung**. Seine Aufgabe ist die **Kritik der Macht**. Deshalb ist Journalismus mehr als nur ein Geschäft für irgendwelche Konzerne. Wer Journalismus macht, übernimmt **Verantwortung für die Öffentlichkeit**. Denn in der Demokratie gilt das Gleiche wie überall im Leben: Menschen brauchen **vernünftige Informationen, um vernünftige Entscheidungen zu treffen**. Guter Journalismus schickt **Expeditionsteams in die Wirklichkeit**. Seine Aufgabe ist, den Bürgerinnen und Bürgern die **Fakten und Zusammenhänge** zu liefern, pur, **unabhängig**, nach bestem Gewissen, **ohne Furcht** vor niemandem als der Langweile. Journalismus strebt nach **Klarheit**, er ist **der Feind der uralten Angst vor dem Neuen**. Journalismus braucht **Leidenschaft, Können und Ernsthaftigkeit**. Und ein aufmerksames, neugieriges, **furchtloses Publikum. Sie!**

REPUBLIK

Unterstützen Sie uns jetzt: www.republik.ch



Saiten Online

Tag für Tag
informativ
und aufmüpfig,
politisch
und kulturell
hellwach,
eine Plattform
für Fakten
und Haltungen,
Einsichten
und Debatten.
saiten.ch